

IA15 75 Jahre JEF im Herzen von Europa: Vision. Reform. Realität.

Gremium: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 06.09.2024

Antragstext

1 2024 beginnt für die JEF Deutschland ein Jubiläumsjahr. Vor 75 Jahren, vom 2.
2 bis 4. September 1949, kamen auf der Wachenburg bei Weinheim rund 40 junge
3 Menschen zusammen und gründeten den Bund Europäischer Jugend (BEJ), der sich im
4 April 1957 in "Junge Europäische Föderalisten" umbenannte. Aufbauend auf dem
5 föderalistischen Manifest von Ventotene, das bereits 1941 einen europäischen
6 Bundesstaat als positiven Gegenentwurf zum Faschismus und Nationalismus
7 skizziert, setzten wir uns schon früh aktiv und öffentlichkeitswirksam für
8 unsere Vision ein. Gerade in den aktuellen Zeiten, in denen wir ein Erstarren
9 von politischem Extremismus in ganz Europa erkennen können, möchten wir uns zu
10 unserem Jubiläum auf diese Vision zurückbesinnen und diese durch notwendige
11 Reformen Realität werden lassen.

Vision.

12
13 Die föderalistische Bewegung in Deutschland und Europa ist vor allem von den
14 verheerenden Erfahrungen und den Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges sowie die
15 menschenverachtenden Verbrechen des Nationalsozialismus geprägt. Insbesondere
16 als JEF Deutschland tragen wir eine besondere Verantwortung zum #NieWieder.
17 Unsere Vision ist die eines nachhaltigen, friedlichen und vereinten Europas, in
18 dem jeder Mensch frei, gleich und in Würde leben kann. Damals wie heute gilt:
19 Nur ein Europa, das Nationalismus überwindet und an seine Stelle das föderale
20 Europa setzt, das auf Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und dem Grundsatz der
21 Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz beruht, kann diese Vision
22 verwirklichen.

Reform.

23
24 Im Laufe des europäischen Integrationsprozesses erfuhr die europäische
25 föderalistische Bewegung immer wieder größere und kleinere Rückschläge. Das
26 föderale Europa, wie es im Manifest von Ventotene detailliert skizziert ist, ist
27 daher bis heute noch nicht vollendet. Trotzdem halten wir weiter voller
28 Überzeugung daran fest, und schließen uns den Worten Altiero Spinellis an: "Der
29 Weg, der uns erwartet, wird weder bequem noch sicher sein. Wir müssen ihn jedoch

30 beschreiten, und wir werden es tun!"

31 Obgleich das Europäische Parlament als Herzkammer der europäischen Demokratie
32 sich über die Zeit mehr Rechte in der Gesetzgebung erkämpfte, liegt die
33 Europäische Union weiterhin fest in der Hand der Mitgliedstaaten. Statt echter
34 europäischer Demokratie dominieren nationale Strukturen die europäische
35 Politikgestaltung und erhalten somit eine Perspektive am Leben, die einem echten
36 Zusammenwachsen der europäischen Gemeinschaft entgegensteht. Dies bietet
37 antieuropäischen, nationalen und extremistischen Weltbildern einen Nährboden und
38 führt, wenn man ihnen nicht wirksam begegnet, mittelfristig zum Zerfall der
39 Europäischen Gemeinschaft und damit zum Ende des in Frieden und Freiheit
40 geeinten Europas.

41 So wertvoll und hart erkämpft das Erreichte in der Europäischen Union ist; es
42 reicht bei Weitem nicht aus, wenn es darum geht, die gegenwärtigen Krisen und
43 Kriege zu bewältigen. Es ist für die Zukunft eines geeinten friedlichen,
44 freiheitlichen und demokratischen Europa alternativlos, dass aus unserer Vision
45 des föderalen Europas endlich Realität wird.

46 Realität.

47 Halten wir aber fest: Europa ist auf dem Weg hin zum Europäischen Bundesstaat
48 bereits weit vorangeschritten: offene Grenzen im Schengen-Raum, eine stetige
49 Stärkung des Europäischen Parlaments, eine gemeinsame Währungsunion, ein offener
50 Binnenmarkt, ein europäischer Gerichtshof und vieles mehr.

51 Doch unsere Vision einer echten europäischen Demokratie ist noch lange keine
52 Realität. Denn dafür müssten unter anderem: (1) Der Rat der Staats- und
53 Regierungschefs abgeschafft werden und die Richtlinienkompetenz auf die
54 Europäische Kommission übergehen; (2) die Kommissionspräsident:in alleine vom
55 Parlament und nicht mehr auf Vorschlag der 27 Staats- und Regierungschefs
56 gewählt werden; (3) das Parlament die gleichen Rechte in der Gesetzgebung wie
57 der Ministerrat bekommen und ein einheitliches europäisches Wahlrecht mit
58 transnationalen Listen eingeführt werden

59 Unsere Rolle als Junge Europäische Föderalist:innen ist dabei seit über 75
60 Jahren, diese und weitere notwendige Reformen einzufordern und deren Umsetzung
61 mit Blick auf die Bedürfnisse junger Menschen in Europa kritisch zu begleiten.

62 Aus unserer Sicht muss Europa jetzt stattfinden und zwar mehr denn je, wenn wir
63 die Krisen unserer Zeit bewältigen wollen. Damit unsere Vision Realität wird,
64 fordern wir daher folgende Reformen:

65 1. Kein Raum für politischen Extremismus

66 Die Landtagswahlen in Ostdeutschland dieses Jahr haben der AfD große Zugewinne
67 ermöglicht, in Thüringen ist sie sogar stärkste Kraft. Die AfD ist aber nicht
68 einfach eine normale Partei. Sie ist eine Partei, die Wahlkampf mit
69 Bürgerkriegsrhetorik betreibt und die Gesellschaft spaltet. Sei es Höckes
70 "letzte evolutionäre Chance", oder Chrupallas Aussage, die SPD gehöre endgültig
71 auf den Schaffott. Es ist vor dem Hintergrund nicht verwunderlich, dass $\frac{1}{3}$ der
72 AfD-Anhängerschaft Gewalt gegen politische Gegner befürworten. Es ist daher
73 notwendig, die AfD endlich als die Gefahr zu benennen, die sie ist. Als eine
74 Partei, die um ihre eigenen Ziele zu erreichen, nicht vor körperlicher und
75 psychischer Gewalt zurückschreckt. Als eine Partei, die den öffentlichen Diskurs
76 mit Hass durchseucht. Als eine Partei, die mit allen Mitteln versucht die
77 parlamentarische Demokratie zu untergraben. Einmal gewählt, setzt sie sich mit
78 ihrem Programm weiter fest, wird scheinbar normalisiert, und kann gleichzeitig
79 die demokratischen Institutionen weiter delegitimieren.

80 In diesem Rahmen sind wir als JEF jedoch tätig. Es ist daher unsere Pflicht als
81 europäische Visionäre zukünftigen Europas, auszusprechen, was ist: Die
82 Bundesrepublik sowie die Europäische Union werden angegriffen. Wir müssen daher
83 die Aufklärungsarbeit über das Phänomen des politischen Extremismus verstärken,
84 aber auch konkrete Forderungen an die Politik stellen. Wir brauchen mehr
85 finanzielle Ressourcen für den Kampf gegen Faschismus, was auch bedeutet, die
86 unabhängige demokratische Jugendarbeit gerade im ländlichen Raum stärker zu
87 fördern. Denn überall dort, wo demokratische Kräfte Räume unbesetzt lassen,
88 werden diese von demokratiefeindlichen Akteuren eingenommen. In anderen Worten:
89 wenn der Jugendclub schließt, macht der Nazi ganz schnell einen auf. Klar jedoch
90 ist auch, dass die parlamentarische Demokratie auch außerparlamentarisch
91 verteidigt werden muss. Das bedeutet: Wir brauchen breite Bündnisse und müssen
92 zur Not dahin gehen, wo der Kampf geführt wird.

93 Wir wollen schließlich ein Europa für alle erkämpfen. Unsere größten Waffen in
94 dieser Auseinandersetzung sind zum einen das Wissen, welches bereits im
95 Bundesprojekt Rechtsextremismus erarbeitet wurde. Denn Wissen ist das wirksamste
96 Mittel gegen die Angst. Zum anderen müssen wir uns daran erinnern, dass unsere
97 Vision eine Realistische ist. Wir wollen ein demokratisches Europa, das nicht in
98 der Kompromissbildung zwischen nationalen Regierungen verfault, sondern in dem
99 Politiker:innen verantwortlich sind, die von einem in einer einheitlichen Wahl
100 gewählten europäischen Parlament kontrolliert und abgesetzt werden können. Ein
101 Europa der Bürger:innen - das ist unser Angebot, während die Gegenseite mit
102 Austrittsfantasien aus der EU dem britischen Weg folgen will.

103 2. Schutz, Integration und Repräsentation marginalisierter Gruppen

104 Mit dem Erstarren von politischem Extremismus in Europa geraten zahlreiche
105 marginalisierte Gruppen aber auch die Zivilgesellschaft durch schrumpfende

106 offene Räume zunehmend unter Druck.

107 Die Belange junger Menschen finden in der Politik zu wenig Gehör. Sie leiden
108 unter Wohnungsnot, Inflation, Zukunftsängsten und einer Verschlechterung der
109 mentalen Gesundheit.

110 Gleichzeitig ist die Gleichstellung der Geschlechter ein zentraler Wert der EU,
111 und dennoch sind Gewalt gegen FLINTA* sowie ihre Benachteiligung bspw. auf dem
112 Arbeitsmarkt und in Führungspositionen nach wie vor Realität. Noch immer
113 berichten 33 % der Frauen in der EU, Opfer körperlicher und/oder sexueller
114 Gewalt geworden zu sein, und mehr als die Hälfte hat bereits sexuelle
115 Belästigungen erlebt. Eine verbindliche und einheitliche Gesetzeslage auf
116 europäischer Ebene zum Schutz dieser marginalisierten Gruppen, gibt es nicht, da
117 die Kompetenz darüber bei den Mitgliedstaaten verortet ist. Das muss sich
118 ändern. Hinzu kommt, dass sexuelle und religiöse Minderheiten in verschiedenen
119 Teilen Europas verstärktem Druck und Verfolgung ausgesetzt sind und
120 geschlechtsabhängig Lohngefälle weiterhin zur Realität gehören. Diese Gruppen
121 sind nicht ausreichend in Entscheidungspositionen repräsentiert und können sich
122 oft nicht in gleicher Weise für ihre Bedürfnisse einsetzen. Hierfür müssen
123 Strukturen geschaffen werden, die es Menschen jeden Geschlechts und jeder
124 kulturellen/religiösen Gruppe ermöglichen, sich einzubringen und Verantwortung
125 zu übernehmen. Als JEF Deutschland setzen wir uns entschieden für den Schutz
126 dieser Gruppen ein, insbesondere für jüdisches Leben in Europa wie auch gegen
127 Islamophobie und jede weitere Diskriminierung, und fordern die EU zu verstärkten
128 Maßnahmen auf, um die zugrunde liegenden Machtstrukturen zu hinterfragen und den
129 gesellschaftlichen Wandel voranzutreiben.

130 3. Raum für Erweiterung und die Weiterentwicklung Europas

131 Wir befinden uns in der Entwicklung Europas in einem historischen Moment, weil
132 im Zuge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine neue
133 Erweiterungsperspektiven der Union diskutiert werden und neuen Wind in
134 bestehende Debatten im Westbalkan kommen. Hierbei sind Entscheidungsträger:innen
135 in den Mitgliedstaaten bereit, weitreichende Reformen zu unternehmen, die die
136 Funktionalität einer größeren Union sicherstellen. Nicht so jedoch
137 antidemokratische und extremistische Kräfte in Europa, die den
138 Erweiterungsprozess stoppen und Europa zu einer Festung der Nationalstaaten
139 zurück entwickeln möchten. Hier müssen wir als Föderalist:innen ansetzen, die
140 Position einer vollendeten Europäischen Föderation auf dem gesamten Kontinent
141 verteidigen und Reformdebatten begleiten. Dabei ist es uns besonders wichtig,
142 dass die Perspektive junger Europäer:innen aus den Beitrittsländern strukturell
143 in den Integrationsprozess mit einbezogen werden.

144 Als JEF Deutschland konnten wir uns durch unsere Bundesverbandsfahrten u.a. nach

145 Albanien und in die Republik Moldau und regelmäßige Austausche mit unseren
146 Partnersektionen im östlichen Europa selbst ein umfassendes Bild von den
147 Interessen und Bedürfnissen junger Menschen in dieser Region verschaffen. Wir
148 konnten so aus erster Hand uns von dem beeindruckenden Engagement lokaler
149 Jugendstrukturen überzeugen, aber auch von den Herausforderungen und
150 Schwierigkeiten, die diese Tag für Tag erleben.

151 Wir setzen uns daher dafür ein, dass lokale Jugendstrukturen im Dialog zwischen
152 der Europäischen Kommission und den Regierungen der Beitrittskandidaten
153 konsultiert und beteiligt werden und jugendpolitische Themen als integraler
154 Bestandteil von Demokratieförderung die notwendige Beachtung finden. Darüber
155 hinaus fordern wir eine substanzielle finanzielle Aufstockung der
156 Förderprogramme, die sich an junge Menschen in diesen Regionen richten und
157 zivilgesellschaftliche Strukturen vor Ort durch Capacity Building im Bereich von
158 EU-Kompetenzen schon früh befähigen, ihre Interessen eigenständig und
159 selbstbestimmt gegenüber europäischen Akteuren einbringen zu können. Um das
160 europäische Selbstverständnis der heutigen Generationen junger Menschen zu
161 fördern und nachhaltig zu integrieren, setzen wir uns zudem insbesondere für die
162 stärkere Förderung internationaler Austauschprogramme und die Ausweitung des
163 Erasmus+-Programms auf junge Menschen in diesen Ländern ein.

164 4. Klima; lebenswerte Zukunft für Alle; Ökologie als Priorität

165 Im Lichte der aktuellen ökonomischen und geopolitischen Krisen tritt die
166 Klimakrise immer stärker in den Hintergrund. Fakt ist jedoch, dass der
167 Klimawandel bereits jetzt verheerende Auswirkungen auf unser Zusammenleben hat.
168 Anhaltende Extremphänomene wie Starkregen, Hochwasser, Stürme, Hitze, Brände,
169 Kälte sind bereits jetzt Realität und werden sich langfristig noch weiter
170 verstärken. Die rasante Erwärmung unseres Planeten führt bereits jetzt zu fast
171 unbewohnbaren Regionen. Themen wie Wasser- und Ressourcenknappheit, Artensterben
172 und Umweltverschmutzung haben eine direkte Auswirkung auf unseren Alltag und
173 können zukünftig zu neuen (bewaffneten) Konflikten sowie Migrationsströmen und
174 politischen Extremismen führen. So besteht die Gefahr, dass bestimmte Gruppen
175 die ungleiche Verteilung von Ressourcen für ihre Zwecke nutzen, um ihre
176 antidemokratische und illiberale Weltanschauung zu stärken. Klima und Ökologie
177 müssen daher transversal gedacht werden und dürfen nicht auf das Individuum
178 abgewälzt werden. Friedensförderung, Konfliktprävention, Migration und
179 Sicherheit können, ebenso wie Wirtschaft, nicht ohne klimapolitische Aspekte
180 gedacht und angegangen werden. Wir sind daher davon überzeugt, dass Klima und
181 Ökologie strukturell auf europäischer Ebene transversal und föderal gedacht
182 werden müssen und im Sinne einer lebenswerten Zukunft für alle zur Priorität
183 gemacht werden sollte.

184 5. Geopolitische Rolle der EU

185 Das freie, vereinte und demokratische Europa, unserer Vision , wird nicht nur
186 von politisch extremistischen Kräften innerhalb Europas sondern auch von außen
187 stark attackiert. Schon lange vor der „full-scale-invasion“ russischer
188 Streitkräfte in der Ukraine im Februar 2022 wurde deutlich, dass der russischen
189 Regierung eine andere europäische Ordnung vorschwebt, die auf Repression, Gewalt
190 und Unfreiheit beruht. Die Politik der Zugeständnisse und der Beschwichtigung
191 gegenüber Russland zeigt sich heute in seinen verheerendsten Konsequenzen.
192 Deshalb darf die Unterstützung für die Ukraine heute und bis zum Sieg der
193 Ukraine nicht in Frage gestellt werden. Stattdessen muss sie verstärkt werden,
194 damit sich die ukrainische Bevölkerung weiter gegen den russischen Aggressor zur
195 Wehr setzen kann Denn Fakt ist, dass sie damit nicht zuletzt auch die Sicherheit
196 der europäischen Gemeinschaft mit ihrem Leben verteidigen.

197 Leider zeigt sich die Notwendigkeit einer handlungsfähigeren EU nicht nur am
198 Beispiel der Ukraine sondern in vielen weiteren geopolitischen Konflikten in der
199 Welt . Der wieder aufgeflamte Konflikt im Nahen Osten zwischen dem Staat Israel
200 und der Terrororganisation Hamas oder der anhaltende Konflikt zwischen
201 Azerbaijan und Armenien in unserer europäischen Nachbarschaft bringt die globale
202 Sicherheitsarchitektur an einen Kippunkt. Europa kann dabei seine Rolle nur
203 dann wirkungsvoll ausüben, wenn das Einstimmigkeitsprinzip in Fragen der
204 Außenpolitik abgeschafft und eine effektive europäische Außenpolitik eingesetzt
205 wird, die auf Diplomatie, Zusammenarbeit und multilateralen Beziehungen beruht.

206 Die Idee eines europäischen Föderalismus wie er in der Vision der JEF skizziert
207 wird, kann global Vorbild für die Schaffung und den Erhalt von Frieden sein.
208 Indem Strukturen geschaffen werden, die mehr Beteiligung und mehr
209 Machtverteilung fördern, können lokale und regionale Probleme bürgernah gelöst
210 werden, während globale Herausforderungen und Konflikte auf europäischer Ebene
211 angegangen werden können. Ein europäischer Föderalismus und langfristig
212 Weltföderalismus kann dazu beitragen, Frieden in der Welt zu stärken und zu
213 sichern. Hierzu muss die EU auch in der Lage sein, sich gegenüber anderen
214 Großmächten behaupten und gemeinsam verteidigen zu können wie in unserer Vision
215 eines föderalen Europas von Anfang an angedacht.

Begründung

Erfolgt mündlich.